

„Seid realistisch – fordert das Unmögliche“

Bilanz des zweimonatigen Flüchtlingsprotestes in Stuttgart

Von Laura Gudd

Ab dem 17. Juli 2013 haben ca. 20 Flüchtlinge aus dem Main-Tauber-Kreis zwei Monate lang vor dem baden-württembergischen Ministerium für Integration protestiert und für einen menschenwürdigen und wertschätzenden Umgang mit ihnen demonstriert.

Sie wandten sich gegen die Unterbringungs- und Lebensbedingungen im Landkreis: d.h. konkret gegen Arbeitsverbote, den fehlenden Zugang zu Sprachkursen, gegen Sachleistungsversorgung und Residenzpflicht, gegen Mängel bei der medizinischen Versorgung, etc..

Zuvor hatten sie sich bereits acht Monate lang vergeblich vergeblich bemüht, ihren Anliegen gegen-

25. Juli zu einem Treffen zwischen Vertretern des Integrationsministeriums und des Landratsamts. Dabei stellte das Landratsamt eine Umstellung von Sachleistungen auf Bargeldleistungen ab Januar 2014 in Aussicht. Die Flüchtlinge selbst fanden bei diesem Treffen nur unzureichend Gehör. Vom Ergebnis waren sie enttäuscht. Es war bei dem Treffen viel über sie, aber kaum mit ihnen über ihre Sorgen und Nöte gesprochen worden. Wichtiger als die Versorgung mit Transferleistungen waren ihnen beispielsweise Möglichkeiten, die deutsche Sprache zu erlernen und mit Arbeit selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Zudem wurde mit dem fast zeitgleich zum Gespräch veröffentlichten Entwurf zum neuen Flüchtlingsaufnahmegesetz deutlich, dass das Landratsamt möglicherweise bei der Lebensmittelversorgung nur etwas zugestand, was sie zu Beginn 2014 – mit Inkrafttreten des Flüchtlingsaufnahmegesetzes – sowieso umsetzen müssten: die Umstellung auf Bargeld.

Grundlegende Verbesserungen der Lebenssituation von Flüchtlingen in Baden-Württemberg sind nur durch eine Veränderung der Bundesgesetze möglich. Doch auch im Rahmen bestehender Gesetze und finanzieller Möglichkeiten sind bereits heute kleine Verbesserungen umsetzbar: Anstatt Geld für die Versorgung der Flüchtlinge mittels des Unterkunftsladen auszugeben – die Lebensmittel-firma sowie Lieferung und Lagerung der Lebensmittel muss bezahlt werden – könnte man dieses Budget in qualifizierten Sprachkurs investieren.



Aufmerksamkeit: Ja!
Erfüllung der Forderungen: Nein!
Bild: A. Linder

über dem Landratsamt Main-Tauber-Kreis Gehör zu verschaffen und die Probleme vor Ort zu lösen. So war es ein konsequenter Schritt, die Forderungen gegenüber der nächst höheren Instanz – dem Integrationsministerium – deutlich zu machen. In Folge der öffentlichen dauerhaften Demonstration vor dem Integrationsministerium kam es am



18.07.2013 Integrationsministerin Öney im Gespräch mit dem Sprecher der Flüchtlinge
Bild: A. Linder

Asylsuchende mit Aufenthaltsgestattung haben nach neun Monaten (bis zum 06.09.2013: zwölf Monaten) Voraufenthalt einen nachrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt. Da meist weder die Flüchtlinge

selbst, noch potentielle Arbeitgeber über diese Regelung Kenntnis haben, ist es wichtig, dass dies zeitnah in der Aufenthaltsgestattung vermerkt wird. Im Falle von Geduldeten liegt die Einschätzung der Erfüllung von Mitwirkungspflichten auch im Ermessen der Ausländerbehörde. Muss man wirklich ein ausländerrechtliches Arbeitsverbot aufrechterhalten bis die Person einen gültigen Nationalpass vorlegen kann oder ist durch eine Vorsprache bei der Botschaft und dem Ausfüllen der vorgelegten Dokumente nicht bereits in erforderlichem Maße mitgewirkt worden? Ist es wirklich notwendig, dass beim Verlust des für ein Quartal gültigen Krankenscheins nur noch jeweils Krankenscheine für einen Tag ausgestellt werden?

In Reaktion auf das Gespräch weiteten die Flüchtlinge ihre Aktion ab dem 29. Juli zu einem Hungerstreik aus. Der Hungerstreik wurde am 2. August aufgrund der Zusage von Integrationsministerin Bilkay Öney, sich persönlich ein Bild von der Situation vor Ort zu machen, beendet. Am 5. August fuhr die Ministerin in den Main-Tauber-Kreis und sprach mit Flüchtlingen und Verantwortlichen des Landratsamts. Auch diese Gespräche führten zwar zu einem weiteren Zugeständnis seitens des Landratsamts, nämlich der Umstellung von Kleiderlieferungen auf die Auszahlung der monatlichen Kleiderpauschale ab Oktober 2013, aber nicht zu einer grundlegend anderen Haltung des Main-Tauber-Kreises gegenüber den dort untergebrachten Flüchtlingen.

In der Folge beantragten die Demonstranten, wiederum enttäuscht von den Gesprächen, eine Umverteilung in einen anderen Landkreis und weiteten die Forderungen dahingehend aus. Diese Forderung mag angesichts der vielerorts herrschenden Probleme bei Flüchtlingsunterbringung und -versorgung zunächst erstaunen. Doch an ihr

zeigte sich deutlich, dass das Auslegen der bestehenden gesetzlichen Ermessensspielräume im Sinne einer menschenwürdigeren Flüchtlingsaufnahme oder einer bürokratischen Verwahrungs- bzw. Abschreckungspolitik durch die zuständigen Behörden einen wesentlichen Einfluss auf die Lebenssituation von Flüchtlingen haben kann. Mangelt es zudem noch an Willkommenskultur und zivilgesellschaftlichem Engagement zur Unterstützung von Flüchtlingen, so befinden sich diese wiederum auf der Flucht nach der Flucht.

Nachdem die Flüchtlinge etliche Wochen auf eine Antwort auf ihre Bitte um Umverteilung warteten und ihre Demonstration vor dem Integrationsministerium aufrecht erhielten, wurden sie am Ende auch diesbezüglich enttäuscht. Auch für diese Forderung wurde seitens der offiziellen Stellen keine Lösung gefunden, sondern man berief sich auf die bestehenden restriktiven Gesetze, die eine Umverteilung in andere Landkreise nur in sehr wenigen Fällen vorsehen.

Am 17. September 2013 haben die Flüchtlinge ihren Protest vor dem Integrationsministerium beendet.

Mehr Informationen: <https://www.facebook.com/RefugeeProtestStuttgart>
www.fluechtlingsrat-bw.de



Der Flüchtlingsrat in Baden-Württemberg hat in den letzten 25 Jahren wertvolle Arbeit geleistet. Der Einsatz für diejenigen, die selbst kaum Möglichkeiten haben, ihre Stimme zu erheben, ist für unsere Demokratie unverzichtbar. Bündnis 90/Die Grünen sind dem Flüchtlingsrat und den vielen Ehrenamtlichen für ihr Engagement sehr dankbar. Dieser Einsatz ist ein bedeutendes Zeichen der Menschlichkeit, das unsere Gesellschaft besser macht.

Die vielen guten Kampagnen, Aufrufe oder Petitionen, die der Flüchtlingsrat in den letzten 25 Jahren auf den Weg gebracht hat, haben dazu geführt, dass Flüchtlinge, ihre Probleme und Nöte nicht ignoriert werden – in der Bevölkerung, aber gerade auch in unseren Parlamenten und Regierungen, in denen Flüchtlingspolitik allzu oft unter falschen Vorzeichen betrieben wird. Denn im Mittelpunkt unseres Handelns und unserer notwendigen Hilfe muss immer der Mensch stehen, dem Leid widerfahren ist.

Die Verbesserungen, die auch dank des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg erzielt wurden – etwa, dass Kinder von Flüchtlingen sechs Monate nach Ihrem Zuzug nun schulpflichtig sind, die Lockerung der Residenzpflicht oder auch der Anspruch auf ein menschenwürdiges Existenzminimum – können nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch vieles im Argen ist. Wir müssen dafür nicht erst nach Syrien oder an auf das Mittelmeer blicken. Auch der Protestmarsch von Würzburg nach Berlin und die Flüchtlingsproteste im Main-Tauber-Kreis und in Stuttgart haben gezeigt, dass die Stimme des Flüchtlingsrats in Baden-Württemberg auch in Zukunft sehr wichtig sein wird.

Der Flüchtlingsrat ist für uns ein wichtiger Partner beim gemeinsamen Einsatz für eine humane Flüchtlingspolitik. Wir hoffen auch weiterhin auf einen kompetenten und kritischen Gesprächspartner und eine wichtige Stimme der Zivilgesellschaft.

Cem Özdemir,

Bundesvorsitzender Bündnis 90 / Die Grünen

Die Autorin:

Laura Gudd ist
Mitarbeiterin in
der Geschäftsstelle
des Flüchtlingsrats
BW.